Burgdorf, 27.03.2018

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention** der Stadt Burgdorf am **08.03.2018** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5

18.WP/A-SIP/006

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:20 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Knauer, Detlef

Mitglied/Mitglieder

Alker, Sonja

Braun, Jens

Meyer, Andreas

Neitzel, Beate

Nijenhof, Rüdiger - für Herrn Gottschalk -

Perkun, Katrin

Schulz, Kurt-Ulrich - für Herrn Dr. Kaefer -

Beratende/s Mitglied/er

Fronia, Imke

Röttger, Fritz

Schulze, Michael

von Oettingen, Gero

Wieker, Ursula

Wirz, Angelika

Verwaltung

Feldmann, Renate

Kegel, Jan

Kugel, Michael

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention am 20.11.2017
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Flüchtlingsintegrationsberatung mit dem Schwerpunkt Integration in den Arbeitsmarkt, Vortrag in der Sitzung
5. Fortsetzung des Präventionsrates der aktuellen Ratsperiode und Neudefinition verschiedener Zuständigkeiten; Zusammensetzung des Präventionsrates
Vorlage: BV 2018 0503
- 5.1. Fortsetzung des Präventionsrats in der aktuellen Ratsperiode und Neudefinition verschiedener Zuständigkeiten
Antrag der Gruppe SPD-B`90 / Die Grünen - WGS vom 06.06.2017
Vorlage: 2017 0274

Fortsetzung des Präventionsrats in der aktuellen Ratsperiode und Neudefinition verschiedener Zuständigkeiten
Antrag der Gruppe SPD-B`90 / Die Grünen - WGS vom 06.06.2017
Vorlage: 2017 0274/1
6. Anfragen lt. Geschäftsordnung
7. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Vorsitzende, **Herr Knauer**, eröffnete die Sitzung. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Frau Birgin sei entschuldigt.

Herr Kugel bat darum, die Ergänzung des Punktes 5.1 der Tagesordnung wie aufgeführt formal zu beschließen. Dies wurde von den Mitgliedern des Ausschusses einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention am 20.11.2017

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention vom 20.11.2017 wird genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es lagen keine Mitteilungen vor.

4. Flüchtlingsintegrationsberatung mit dem Schwerpunkt Integration in den Arbeitsmarkt, Vortrag in der Sitzung

Frau Fronia vom Diakonieverband Hannover-Land und **Frau Reese** als Teamleiterin der Arbeitsvermittlung von ALG II - Empfängern des Jobcenters Burgdorf stellten sich kurz den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention vor.

Frau Fronia führte aus, wie die Integration von Flüchtlingen, größtenteils ohne Deutschkenntnisse, in den Arbeitsmarkt stattfindet. Hervorzuheben sei, dass dies nur Hand in Hand gemeinschaftlich mit der Diakonie, dem Nachbarschaftstreff, dem Mehrgenerationenhaus, der Verwaltung, den Sozialarbeitern, der Agentur für Arbeit und vielen Ehrenamtlichen geschehen könne. Seit 2015 wurden der Stadt Burgdorf bereits 641 Flüchtlinge zugewiesen **(als Anlage 1 beigefügt und die betreffenden Herkunftsländer auf dem Standbild gelb markiert)**. In großer Anzahl konnten Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse, Stellen im Bundesfreiwilligendienst sowie Einstiegsqualifikationen und Sprachkurse vermittelt werden. Anhand eines Schaubildes **(als Anlage 2 beigefügt)** ging Frau Fronia auf verschiedene Statistiken in Bezug auf die Integration in den Arbeitsmarkt ein. Zahlen bezüglich der Einwohner mit Migrationshintergrund in Burgdorf, Anzahl der Flüchtlinge, der Herkunftsländer sowie der vermittelten Arbeitsmaßnahmen wurden erläutert. So leben in Burgdorf derzeit 3.053 Personen mit Migrationshintergrund.

Frau Reese machte deutlich, dass gerade der Erwerb der sprachlichen Grundlagen länger als ein Jahr an Zeit benötige, um die Flüchtlinge für den Arbeitsmarkt vermittelbar zu machen. Es sei nicht ausreichend, im Heimatland eine Schule besucht oder einen Beruf ausgeübt zu haben. Natürlich werde aber versucht, in der Heimat erlangte Abschlüsse anzuerkennen. Weiterhin werde z.B. durch die Übernahme von Fahrtkosten, Vermittlung von Probearbeiten und anderen Möglichkeiten versucht, die Flüchtlinge näher an den Arbeitsmarkt heranzubringen. Das langfristige Ziel sei es, durch Sprachkurse und Qualifizierungsangebote eine dauerhafte Arbeitsaufnahme zu erreichen. Positiv seien die kurzen Wege zwischen den beteiligten Organisationen und Personen.

Frau Fronia erklärte, dass die in der Heimat erlangten Ausbildungsqualifikationen nicht mit den in Deutschland zu erreichenden Kenntnissen vergleichbar seien. Oft mache sich bei den Flüchtlingen daher zunächst Ernüchterung bemerkbar. Daher sei ein Einstieg in den Arbeitsmarkt vor Ende eines erfolgreich abgeschlossenen Integrations- oder Sprachkurses nicht zu empfehlen. Es sei wichtig, langfristig in die Sprache zu investieren und die duale Ausbildung zu flexibilisieren.

Herr Meyer und **Herr J. Braun** gingen auf die von Frau Fronia vorgetragene Statistiken ein. Sie baten darum, über das Protokoll zu klären, wie die Zahl der 34 Burgdorfer Einwohner aus ungeklärten Ländern zustande komme.

Antwort über das Protokoll:

Bei Anmeldungen von Personen im Einwohnermeldeamt werden zur Eingabe der Daten die aktuellen Ausweisdokumente vorgelegt. Sofern seitens der Region Hannover im Feld „Staatsangehörigkeit“ der Vermerk „ungeklärt“ eingetragen wird, ist dieser Hinweis auch in das Einwohnermeldeprogramm zu übernehmen. Häufig ist dies bei zuziehenden Flüchtlingen der Fall. Nachträgliche Änderungen werden durch die Region Hannover übermittelt.

Auf Nachfrage von **Herrn Nijenhof** stellte **Frau Reese** kurz die u.a. vom Jobcenter Region Hannover geförderte Jugendwerkstatt Burgdorf vor. Die Auslastung der dort verfügbaren Plätze sei derzeit sehr hoch und die Nachfrage steige stetig.

Herr J. Braun merkte an, mitbekommen zu haben, dass die Teilnehmer von Integrationskursen diese häufig vorzeitig abbrechen würden. Was passiere mit diesen Personen?

Frau Fronia machte deutlich, dass ihr diese Fälle in Burgdorf so gut wie nicht bekannt seien. Es wäre allerdings auch möglich, finanzielle Sanktionen auszusprechen.

Herr Nijenhof brachte seinen Dank für die geleistete Arbeit in der Flüchtlingsintegration zum Ausdruck.

Herr von Oettingen erwähnte, dass der Bereich der Integration in Burgdorf vorbildlich aufgebaut sei.

Herr Knauer bedankte sich abschließend für den Vortrag von Frau Fronia und Frau Reese sowie die im Anschluss rege geführte Diskussion.

5. Fortsetzung des Präventionsrates der aktuellen Ratsperiode und Neudefinition verschiedener Zuständigkeiten; Zusammensetzung des Präventionsrates
Vorlage: BV 2018 0503

Herr Knauer erläuterte, dass die Verwaltung mittlerweile einen Vorschlag für die zukünftige Zusammensetzung des Präventionsrates unterbreitet habe. Sollte es Ergänzungswünsche geben, bitte er um Mitteilung.

Herr von Oettingen, Herr Nijenhof und **Herr Braun** erachteten es als wichtig, dass weiterhin Mitglieder der im Rat vertretenen Fraktionen dem Präventionsrat angehören.

Herr Schulz zeigte sich mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden.

Herr von Oettingen ergänzte, dass das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus ebenfalls im Präventionsrat vertreten sein sollte.

Herr Kugel bat, in der Vorschlagsliste „Leiter/in des Jugendamtes“ in „Leiter/in der Jugendhilfeabteilung“ zu ändern.

Zum Abschluss der Diskussion fasste der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

1. Der Präventionsrat wird wie folgt besetzt:
 - Je ein Mitglied der im Rat vertretenen Fraktionen
 - Bürgermeister
 - Vorsitzende/r des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie
 - Vorsitzende/r des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport
 - Vertreter/in der Polizei
 - Vertreter/in des Amtsgerichtes
 - Gleichstellungsbeauftragte
 - Leiter/in der Jugendhilfeabteilung
 - Leiter/in des JohnnyB.
 - Vertreter/in der katholischen Kirche
 - Vertreter/in der evangelischen Kirche
 - Vertreter/in des Bündnisses für Familien
 - Vertreter/in des Seniorenrates
 - Vertreter/in des Kinderschutzbundes
 - Vertreter/in des Mütter- und Frauenzentrums
 - Vertreter/in des Nachbarschaftstreffs Ostlandring
 - Vertreter/in des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses
 - Vorsitzende/r des Fördervereins Präventionsrat
 - Stadtrat

5.1. Fortsetzung des Präventionsrats in der aktuellen Ratsperiode und Neudefinition verschiedener Zuständigkeiten Antrag der Gruppe SPD-B`90 / Die Grünen - WGS vom 06.06.2017 Vorlage: 2017 0274

Fortsetzung des Präventionsrats in der aktuellen Ratsperiode und Neudefinition verschiedener Zuständigkeiten Antrag der Gruppe SPD-B`90 / Die Grünen - WGS vom 06.06.2017 Vorlage: 2017 0274/1

Herr Knauer erläuterte kurz die betreffenden Vorlagen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention hat sich ausführlich mit der Ursprungsvorlage sowie mit den Vorlagen 2017 0274 ff. beschäftigt und fasste zum Abschluss der Diskussion bei 7 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme folgenden empfehlenden

Beschluss:

2. Der Präventionsrat erarbeitet ein Präventionskonzept für die Stadt. Er soll die Vernetzung der Beteiligten im Bereich der Prävention vorantreiben, den Kontakt und den Wissenstransfer der Fachstellung für Prävention im Land Niedersachsen und in der Stadt und Region Hannover leisten und darüber hinaus aktuelle Anliegen aus dem Bereich der öffentlichen Sicherheit und Vorsorge aufgreifen und Maßnahmen zur Abhilfe anregen.
3. Der Präventionsrat übernimmt federführend die Aufgabe, das Integrationskonzept der Region Hannover auf die städtische Ebene „herunterzubrechen“ und die Ergebnisse der Flüchtlingskonferenz mit aufzunehmen. Zusätzliche Sachmittel (Honorarkosten etc.) müssen dafür kalkuliert und bereitgestellt werden.
4. Der Vorsitz des Präventionsrates wird durch eine hauptamtliche Kraft der Stadt wahrgenommen. Es wird die Besetzung mit einer Person angestrebt, die schon jetzt vernetzend tätig und bereits in die Fachdiskussionen eingebunden ist. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Personalvorschlag zu unterbreiten. Ein Stundenbudget von 4 – 6 Stunden pro Woche soll hier als Richtschnur dienen.
5. Die Funktion eines/einer ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten in der Stadt Burgdorf ist nicht mehr notwendig und wird deshalb nicht wieder besetzt.
6. Der Arbeitskreis Integration des Präventionsrates bleibt bestehen, den Vorsitz übernimmt der/die Vorsitzende des Ratsausschusses für Soziales, Integration und Prävention; im Falle der Verhinderung nimmt der/die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses die Aufgaben wahr. Der Arbeitskreis wird in die Erarbeitung eines städtischen Integrationskonzeptes einbezogen.

6. Anfragen lt. Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

7. Anregungen an die Verwaltung

Es lagen keine Anregungen vor.

Einwohnerfragestunde

Es gab einen Hinweis einer Einwohnerin bezüglich des Bundesmeldegesetzes. Bei An- und Ummeldungen des Wohnsitzes im Einwohnermeldeamt sei es inzwischen nötig, eine Wohnungsgeberbestätigung des Vermieters vorzulegen. Diese könnten allerdings nur schwer auf Richtigkeit geprüft werden. Daher sei es durchaus möglich, mit einer falschen Meldeadresse Missbrauch in Bezug auf Sozialleistungen zu betreiben.

Frau Perkun erklärte, dass ihre persönliche Erfahrung als Mitarbeiterin im Jobcenter diese Ansicht nicht bestätige. Auch das Jobcenter verlange und prüfe sämtliche anspruchsbegründenden Unterlagen. Entstandener Sozialmissbrauch sei ihr bisher nicht bekannt.

Herr Kugel sicherte zu, diesen Sachverhalt als Hinweis aufzunehmen

Eine weitere Frage einer Einwohnerin betraf die Anzahl der Feuerwehreinsätze in den Flüchtlingsgemeinschaftsunterkünften aufgrund ausgelöster Brandmeldeanlagen. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, diese hohe Anzahl an Einsätzen zu reduzieren.

Herr Nijenhof und **Frau Fronia** erklärten, dass seitens der Flüchtlingssozialarbeit bereits zugesagt wurde, die Bewohner noch deutlicher in dieser Problematik zu sensibilisieren. Auch werde versucht, noch deutlicher auf Auswirkungen von Missbrauch an den Brandmeldern einzugehen.

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführer